aufstehen
Für Frieden

Offener Brief zum Palästina-Konflikt

Einleitung

Der Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 darf nicht als Vorwand für einen erbarmungslosen Krieg gegen die palästinensische Zivilbevölkerung im Gazastreifen dienen. Statt einer echten Friedenspolitik betreibt die Netanjahu-Regierung eine Strategie der Eskalation und Annexion, die hundertfaches Leid über Kinder, Frauen und Männer bringt.

Deutschland darf sich nicht hinter einer diffusen „Staatsräson“ verstecken, wenn sie in der Konsequenz zur Legitimation von Kriegsverbrechen führt. Als Nation, die selbst aus dem dunkelsten Kapitel der Geschichte Lehren ziehen musste, haben wir die Pflicht, für das Friedensgebot unseres Grundgesetzes einzustehen.

Feststellungen

- Der Konflikt reicht weit hinter die Staatsgründung Israels am 14. Mai 1948 zurück. Britische Regierungsbeamte sagten Zionisten bereits 1917 in der Balfour-Deklaration die Gründung eines jüdischen Staates zu. Dies erfolgte ohne Mandat der lokalen arabischen Bevölkerung in Palästina. Damals war das Land noch Bestandteil des Osmanischen Reiches.
- Zionistische Milizen wie die Hagana setzten schon vor 1948 brutale Operationen gegen die palästinensische Bevölkerung durch.
- Mit Gründung Israels erfolgte die Vertreibung großer Teile der palästinensischen Bevölkerung (Nakba) in den Jahren 1948/49. Die vorgesehene gleichzeitige Gründung eines palästinensischen Staates wurde verhindert – historische Ursache für Hass und den Konflikt.
- Nach dem „Sechs-Tage-Krieg“ 1967 und noch einmal nach dem „Jom-Kippur-Krieg“ 1973 intensivierte Israel seine militärischen Operationen, um die politische Kontrolle in der Region zu erzwingen.
- Mit Duldung und Unterstützung westlicher Länder kam Israel in den Besitz von Kernwaffen.

- Zwischen 1978 und 2024 führte Israel mehrere Kriege und Militäroperationen im Libanon (u. a. Operation Litani 1978, Libanonkrieg 1982, Bodenoffensive 2024).
- Seit 2004 gab es im Gazastreifen einen Krieg und acht größere Militäroperationen (u. a. Operation Regenbogen 2004, Protector 2014, Guardian of the Walls 2021).
- Der Gazastreifen gilt als das größte „Freiluftgefängnis“ der Welt. Die anhaltende Blockade und der wiederholte Einsatz militärischer Gewalt durch Israel haben eine humanitäre Katastrophe ausgelöst.
- Zeugenaussagen und politische Analysen legen nahe, dass die Hamas-Attacken im Oktober 2023 bewusst in Kauf genommen wurden, um den nationalen und internationalen Rückhalt für Israels Vernichtungsfeldzug zu stärken.
- Die rücksichtslose Kriegsführung und die Zerstörung sämtlicher Lebensgrundlagen der Palästinenser wird zu Recht vor dem internationalen Gerichtshof als „Genozid“ angeklagt.

Unsere Forderungen

1. Deutschland muss seine historische Verantwortung ernst nehmen und darf nicht einer „Staatsräson“ folgen, die bedingungslos den chauvinistischen Kurs der Netanjahu-Regierung unterstützt. Frieden muss als höchstes Gebot gelten – im Interesse aller Menschen in der Region.
2. Die Bundesregierung muss den israelischen Botschafter Ron Prosor einbestellen, um die massiven Ausweitungspläne des Militäreinsatzes in Gaza, die Annexions- und Vertreibungspolitik im Westjordanland sowie in anderen Ländern scharf zu kritisieren.
3. Wir lehnen jede Einmischung israelischer Regierungsvertreter in unsere Medienlandschaft und politische Entscheidungsprozesse ab. Die Souveränität der Bundesrepublik darf nicht von ausländischen Mächten beeinträchtigt werden.
4. Öffentlich-rechtliche Medien sind zur Ausgewogenheit verpflichtet. Sie müssen Vertreter der israelischen Friedensbewegung und palästinensische Stimmen ins Programm holen – ein Propagandamonopol für die israelische Regierungspolitik ist inakzeptabel.
5. Deutschland muss sofort alle Rüstungskooperationen mit und Waffenlieferungen an Israel einschließlich der Lieferung über Drittländer stoppen, bis das Töten in Gaza und der Westbank tatsächlich beendet ist.
6. Wir fordern die vollständige kontrollierte Abrüstung und Vernichtung aller Atomwaffen in der Region sowie einen Abzug sämtlicher Streitkräfte aus den besetzten Gebieten. Nur nuklearfreie und demilitarisierte Regionen können dauerhaft Frieden schaffen.

7. Die Bundesrepublik darf nicht unreflektiert US-amerikanischer oder israelischer Politik folgen. Unsere Solidarität gilt sowohl den israelischen als auch den palästinensischen Opfern. Unser Ziel ist ein nachhaltiger Frieden und friedliche Beziehungen zwischen Europa und dem Mittleren Osten.
8. Die Versorgung mit Nahrungs- und Hilfsmitteln und der ungehinderte Zugang nach Gaza muss sofort gewährleistet werden.
9. Die vom Bundestag beschlossene Antisemitismus-Definition muss überarbeitet werden. Kritik an der zionistischen Bewegung und dem Apartheidstaat ist kein Antisemitismus.

Wichtige Voraussetzungen für eine dauerhafte friedliche Lösung

- Die Schaffung und Anerkennung von zwei gleichberechtigten Staaten Israel und Palästina.
- Gerechte Verteilung von Wasserressourcen und Infrastruktur.
- Rückbau aller israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten.
- Anerkennung des Leids der Nakba von 1948: Eine menschenwürdige Perspektive für 1,5 Millionen palästinensische Flüchtlinge muss Teil jeder Lösung sein.
- Ein verbindliches internationales Schutzmandat ist erforderlich, um ethnische Säuberungen zu verhindern und Menschenrechte zu sichern.

Schlusswort

Frieden in der Region ist eine dringende Notwendigkeit – moralisch, politisch und strategisch. Deutschland steht an einem Scheideweg: Wollen wir historisches Unrecht durch Schweigen verlängern oder mutig für ein Ende des Tötens eintreten?

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger, politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen dazu auf, sich dieser Position anzuschließen. Nur gemeinsam können wir einen Wandel herbeiführen, der auf Gerechtigkeit, Menschlichkeit, echter Versöhnung und Völkerverständigung basiert.[1]

[1] Sammlungsbewegung *aufstehen*; dialog@aufstehen.de – 11.09.2025